

Solidarität bei Gesundheitsversorgung unverzichtbar

Von Ulrich Kelber, MdB

Unser Gesundheitswesen befindet sich in einer schwierigen Lage. Das ist wahr. Allerdings, eine deutsche Besonderheit ist das nicht. Ein Blick auf unsere Nachbarn, die Schweiz, die Niederlande, Norwegen – von Großbritannien ganz zu schweigen – zeigt, dass sich diese Länder eher wünschen würden, „nur“ unsere deutschen Probleme zu haben.

Deutschland immer noch top

Nicht schön reden, aber klar sehen: Viele Länder schicken ihre Patienten nach Deutschland, um sie hier behandeln zu lassen. So schlecht also kann unser System nicht sein. Dennoch ist es verbesserungsbedürftig und muss auch sparsamer werden. Die Patienten bleiben zu lange in den Krankenhäusern, die Ausgaben für Medikamente steigen viel zu schnell. Das muss anders werden. Die SPD ist bei der Arbeit.

Bei der Arbeit, das schreibe ich ganz bewusst, weil sich alle Versprechen, mit einem großen Reformwurf sei das Gesundheitswesen für immer saniert, in der Vergangenheit als trügerisch erwiesen haben. Es gibt eben nicht den einen großen Wurf, sondern es sind viele Schritte notwendig.

Damit haben wir begonnen. Beispielsweise durch die Einführung von Fallpauschalen für Krankenhausbehandlung oder die Aufstellung einer Positivliste für Arzneimittel.

Solidarisches System beibehalten

Bei aller Reformnotwendigkeit steht für uns eines fest: Die Beibehaltung der solidarischen Krankenversicherung ist unverzichtbar. Eine Zerschlagung des Solidarsystems zugunsten einer individualisierten, weitgehend privaten Krankenversicherung, wie es CDU, CSU und FDP planen, wird es mit uns nicht geben.

Das genau ist die gesundheitspolitische Richtungsentscheidung, um die es bei der Bundestagswahl am 22. September geht. Und es tut gut, die Gewerkschaften und alle Sozial- und Seniorenverbände hier auf Seiten der SPD zu wissen.

Gesund hilft Krank, Jung hilft Alt

Das Solidarprinzip bleibt ohne Wenn und Aber Kernpunkt sozialdemokratischer Gesundheitspolitik. Kranke Menschen müssen auch in Zukunft darauf vertrauen können, dass sie ohne Rücksicht auf ihren Geldbeutel Zugang zu den medizinisch notwendigen Leistungen erhalten. Dies werden wir auch weiter sicherstellen.

Mit der SPD wird es eine Aufteilung des medizinischen Behandlungen in Grund- und Wahlleistungen nicht geben. Denn wie soll das funktionieren? Mir hat noch nie einer der Verfechter einer stärkeren Eigenbeteiligung bzw. Privatisierung die Frage beantworten können: Was ist mit dem 65-jährigen halb blinden Diabetiker, der 45-jährigen chronischen Rheumatikerin oder dem 19-jährigen Bluter?

Was sollen die eigentlich wählen, genauer gesagt abwählen? Sie können nicht abwählen! Aber private Krankenversicherer werden diesen Menschen keinen Schutz bieten, dort kommen nur die Jungen und Gesunden unter. Abwählen und damit die Beitragslast minimieren, das können also nur die Jungen und Gesunden, die das Solidarsystem gar nicht benötigen.

Das Solidarsystem jedoch braucht genau die Jungen und Gesunden, weil sie mit ihren Nettozahlungen die Beitragslast für die Nettoempfänger, für die Alten und Kranken und Kinder also, erst finanzierbar machen. Die Einführung von Wahl- und Regelleistung in die gesetzliche Krankenversicherung ist deshalb widersinnig, weil sie die Beiträge für Gesunde senken und für die Kranken erhöhen wird. Das hat nichts mit Solidarität zu tun!

Ulrich Kelber (SPD) ist Bonns Bundestagsabgeordneter.